



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM  Januar 2019

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a. und der Fraktion DIE LINKE.
Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
BT-Drucksache 19/6702**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

BT-Drucksache 19/6702

Vorbemerkung der Fragesteller:

Eines der komplexesten Themen beim Familiennachzug ist der zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF). Dies gilt selbst bei Minderjährigen, die als Flüchtlinge anerkannt wurden und damit einen Status haben, der grundsätzlich zum Familiennachzug berechtigt. Dabei sind zwei Problemfelder zu unterscheiden: Der Nachzug minderjähriger Geschwister sowie die oft relativ bald eintretende Volljährigkeit der minderjährigen Flüchtlinge.

Anerkannte minderjährige Flüchtlinge haben zwar einen Rechtsanspruch auf vereinfachten Nachzug ihrer sorgeberechtigten Eltern. „Vereinfacht“ bedeutet, dass von der Sicherung des Lebensunterhalts und dem Vorhandensein ausreichenden Wohnraums abgesehen wird, wenn der Antrag innerhalb von drei Monaten nach der Anerkennung gestellt wurde. Bei minderjährigen Geschwistern der anerkannten UMF gibt es einen solchen Anspruch dem Gesetz nach indes nicht. Für sie entsteht ein Nachzugsanspruch in vereinfachter Form erst, wenn ein Elternteil ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in Deutschland erlangt hat, aus dem sich dann ein Anspruch der Geschwister auf vereinfachten Nachzug zum Elternteil ergibt. Direkt dürfen Geschwister nur dann nachziehen, wenn die Eltern den Lebensunterhalt für sich und die nachziehenden Kinder sichern und das Vorhandensein ausreichenden Wohnraums nachweisen können, was aber praktisch so gut wie nie möglich ist. Faktisch stehen die Eltern daher vor der Entscheidung, ob sie die Geschwisterkinder zunächst in einem Drittstaat bzw. im Herkunftsland bei Verwandten oder anderen Betreuern zurücklassen, ob zunächst nur ein Elternteil nachzieht oder ob ganz vom Familiennachzug abgesehen wird. Bis Anfang 2016 wurde in solchen Fällen durch die Anwendung von Härtefallregelungen der Nachzug von minderjährigen Geschwistern gemeinsam mit den Eltern unproblematisch ermöglicht. Dann kam es jedoch zu einer Verschärfung der behördlichen Entscheidungspraxis, die auch durch die Gerichte bestätigt wurde. Das Auswärtige Amt schrieb diese restriktiven Bedingungen in einem Runderlass vom 20.3.2017 fest.

Dabei wurden Härtefallklauseln so eng gefasst, dass sie kaum Abhilfe schaffen (<http://berlin-hilft.com/2017/08/26/familiennachzug-zu-unbegleiteten-minderjaehrigen-umf/>, <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/familiennachzug-zu-unbegleiteten-minderjaehrigen-fluechtlingen/>). Die Fragestellerinnen und Fragesteller gehen wie etwa auch Pro Asyl davon aus, dass die beschriebene Praxis gegen den im Grundgesetz und in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten besonderen Schutz der Familie sowie gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstößt (<https://www.proasyl.de/news/hartherziger-kurswechsel-beim-familiennachzug-eltern-duerfen-einreisen-kinder-nicht/>).

Die zweite Schwierigkeit beim Nachzug zu UMF besteht darin, dass das Auswärtige Amt Visa für nachziehende Familienmitglieder längstens bis zum Erreichen der Volljährigkeit des unbegleiteten Flüchtlings ausstellt. Die Einreise muss also erfolgen, solange dieser noch minderjährig ist. Ob ein unbegleiteter Minderjähriger seine Familie nachholen kann, hängt deswegen maßgeblich davon ab, wie lange das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für die Bearbeitung des Asylantrags braucht. Diese Praxis geht auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2013 zurück (<https://www.proasyl.de/news/eugh-staerkt-den-schutz-der-familie/>).

Am 12. April 2018 entschied nun der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auch dann einen Anspruch auf Familiennachzug haben, wenn sie während des Asylverfahrens volljährig geworden sind. Entscheidend sei der Zeitpunkt der Antragstellung. Das Recht auf Familienzusammenführung und die damit verbundene Wahrung des Kindeswohls, wie es durch die EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung 2003/86/EG sichergestellt werden sollte, dürfe nicht von der Bearbeitungsdauer des Asylantrages durch die Behörden abhängen (Rechtssache C-550/16). Es ging in dem Verfahren um einen Fall aus den Niederlanden. Die dortigen Behörden hatten den Eltern einer Jugendlichen aus Eritrea den Nachzug verweigert, weil diese während ihres Asylverfahrens volljährig geworden war.

Die Bundesregierung setzt das Urteil bislang nicht um - mit der Begründung, dass im Hinblick auf die Rechtslage in Deutschland kein Umsetzungsbedarf bestehe. Auf eine Mündliche Frage der Abgeordneten Zaklin Nastic gab der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Michael Roth, jedoch am 17.10.2018 an, dass diese Position ausschließlich zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat abgestimmt war. Weitere Ressorts hätten zwischenzeitlich Abstimmungsbedarf angemeldet, weshalb mit einer größeren Ressortabstimmung begonnen worden sei.

Da sich das niederländische Recht vom deutschen Recht unterscheidet, müsse geprüft werden, inwiefern sich die Entscheidung des EuGH auf die Rechtslage in Deutschland auswirke (vgl. Plenarprotokoll 19/57, S. 6316, <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-familiennachzug-eugh-1.4182331>).

Die Fragestellerinnen und Fragesteller sind der Meinung, dass die Entscheidung des EuGH vollumfänglich auf Deutschland übertragbar ist und das BAMF und das Auswärtige Amt ihre Praxis umgehend ändern müssen.

- 1. Wie viele Visa bzw. Aufenthaltserlaubnisse nach § 36 Abs. 1 bzw. 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG, bitte differenzieren und soweit möglich nach dem Aufenthaltsstatus der Stammberechtigten aufschlüsseln) wurden 2015, 2016, 2017 und im bisherigen Jahr 2018 erteilt (bitte quartalsweise aufschlüsseln und jeweils die zehn wichtigsten Herkunftsländer angeben), und wie viele Minder- bzw. Volljährige waren unter den Personen, denen nach § 36 Absatz 2 AufenthG Visa bzw. Aufenthaltstitel erteilt wurden (bitte zur oben erbetenen Differenzierung jeweils angeben)?*

Zu Frage 1:

Der Familiennachzug wurde bisher grundsätzlich nicht danach statistisch erfasst, zu welcher Person (u. a. Schutzberechtigter, Erwerbsmigrant, Deutscher) der Familiennachzug erfolgt.

Seit dem Jahr 2015 wird in der Visastatistik des Auswärtigen Amts gesondert erfasst, wie viele Visa auf Familienzusammenführung für Staatsangehörige der Hauptherkunftsländer international Schutzberechtigter (Syrien, Irak, Afghanistan, seit dem Jahr 2016 auch Eritrea, Jemen und Iran und seit Mitte 2018 Somalia) erteilt werden. Der Schutzstatus der Person, zu der der Nachzug stattfindet, wird auch hierbei statistisch nicht erfasst. Eine differenzierte Auflistung nach dem Schutzstatus der in Deutschland lebenden Referenzperson wird mit dem vom Auswärtigen Amt eingesetzten System erst im Laufe des Jahres 2019 möglich sein. Einzige Ausnahme bildet die Gruppe der Antragsteller auf Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten, für die eine eigene Statistik geführt wird. Hier wurden im III. Quartal (August und September 2018) insgesamt 189 Visa für den Familiennachzug erteilt. Im IV. Quartal wurden hier 2.423 Visa für den Familiennachzug erteilt. Die Zahlen für August und September sind sowohl in der o. g. Visastatistik und als auch der nachfolgenden Tabelle enthalten.

Die Zahlen der für die o.g. Antragstellergruppen erteilten Visa können der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

| Erteilte FZ-Visa für Angehörige der Staaten | 2015 | 2016 | 2017 | 1. Quartal 2018 | 2. Quartal 2018 | 3. Quartal 2018 |
|--|---------------|---------------|---------------|------------------------|------------------------|------------------------|
| Syrien | 21.376 | 39.855 | 40.725 | 6.765 | 4.868 | 3.930 |
| Irak | 2.773 | 8.299 | 10.857 | 2.592 | 1.821 | 1.098 |
| Afghanistan | 1.069 | 1.137 | 1.219 | 436 | 496 | 510 |
| Iran | k.A. | 1.109 | 1.019 | 484 | 519 | 643 |
| Eritrea | k.A. | 263 | 331 | 148 | 230 | 139 |
| Somalia | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | 75 |
| Yemen | k.A. | 146 | 156 | 50 | 28 | 66 |
| Insgesamt | 25.218 | 50.809 | 54.307 | 10.475 | 7.962 | 6.461 |

Ausweislich des Ausländerzentralregisters wurden zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 30. November 2018 an 16.012 Personen erstmalig Aufenthaltserlaubnisse nach § 36 Absatz 1 bzw. 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erteilt (hiervon an 7.854 Personen nach § 36 Absatz 1 AufenthG und an 8.158 Personen nach § 36 Absatz 2 AufenthG). Zum Zeitpunkt der Erteilung waren 2.725 der Personen, denen ein Titel nach § 36 Abs. 2 AufenthG erteilt wurde, minderjährig. Die Aufteilung nach Jahren, Quartalen und Staatsangehörigkeiten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anzahl der Personen, denen ein Aufenthaltstitel nach § 36 Absatz 1 bzw. 2 AufenthG erteilt wurde:

| Jahr der Ersterteilung | Top 10 Staatsangehörigkeiten | nach § 36 Abs. 1 AufenthG (Nachzug von Eltern) | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) | Gesamt |
|-------------------------------|-------------------------------------|---|--|---------------|
| 2015 | Syrien | 347 | 389 | 736 |
| | Irak | 109 | 169 | 278 |
| | Türkei | 17 | 223 | 240 |
| | Russische Föderation | 7 | 158 | 165 |
| | Vietnam | 9 | 71 | 80 |
| | Ghana | 7 | 62 | 69 |
| | Ungeklärt | 27 | 38 | 65 |
| | Iran | 8 | 54 | 62 |

| Jahr der Ersterteilung | Top 10 Staatsangehörigkeiten | nach § 36 Abs. 1 AufenthG (Nachzug von Eltern) | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) | Gesamt |
|------------------------|------------------------------|--|---|--------------|
| | Serbien | 4 | 54 | 58 |
| | Kosovo | 5 | 53 | 58 |
| | Sonstige | 128 | 767 | 895 |
| | Gesamt | 668 | 2038 | 2706 |
| | | | | |
| 2016 | Syrien | 1.007 | 782 | 1.789 |
| | Irak | 526 | 476 | 1.002 |
| | Türkei | 9 | 186 | 195 |
| | Ungeklärt | 102 | 48 | 150 |
| | Russische Föderation | 7 | 109 | 116 |
| | Staatenlos | 45 | 36 | 81 |
| | Vietnam | 7 | 60 | 67 |
| | Serbien | 4 | 56 | 60 |
| | Ghana | 2 | 51 | 53 |
| | Kasachstan | 4 | 46 | 50 |
| | Sonstige | 122 | 661 | 783 |
| | Gesamt | 1835 | 2511 | 4346 |
| | | | | |
| 2017 | Syrien | 1.913 | 979 | 2.892 |
| | Irak | 1.200 | 520 | 1.720 |
| | Ungeklärt | 99 | 49 | 148 |
| | Staatenlos | 89 | 48 | 137 |
| | Türkei | 4 | 95 | 99 |
| | Russische Föderation | 5 | 82 | 87 |
| | Ghana | 3 | 81 | 84 |
| | Nigeria | 6 | 54 | 60 |
| | Ukraine | 5 | 33 | 38 |
| | Serbien | 2 | 33 | 35 |
| | Sonstige | 87 | 472 | 559 |
| | Gesamt | 3.413 | 2.446 | 5.859 |
| | | | | |

| Jahr der Ersterteilung | Top 10 Staatsangehörigkeiten | nach § 36 Abs. 1 AufenthG (Nachzug von Eltern) | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) | Gesamt |
|------------------------------------|------------------------------|--|---|---------------|
| 2018 (01.01-30.11.2018) | Syrien | 916 | 381 | 1.297 |
| | Irak | 680 | 171 | 851 |
| | Ungeklärt | 129 | 14 | 143 |
| | Staatenlos | 96 | 33 | 129 |
| | Türkei | 6 | 62 | 68 |
| | Ghana | 6 | 57 | 63 |
| | Afghanistan | 25 | 37 | 62 |
| | Nigeria | 12 | 43 | 55 |
| | Russische Föderation | 3 | 36 | 39 |
| | Kosovo | 2 | 21 | 23 |
| | Sonstige | 63 | 308 | 371 |
| | Gesamt | 1.938 | 1.163 | 3.101 |
| Summe (01.01.2015 - 30.11.2018) | | 7.854 | 8.158 | 16.012 |

| Jahr der Ersterteilung | Quartal der Ersterteilung | nach § 36 Abs. 1 AufenthG (Nachzug von Eltern) | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) | Gesamt |
|------------------------|---------------------------|--|---|--------------|
| 2015 | 1. Quartal | 83 | 462 | 545 |
| | 2. Quartal | 128 | 477 | 605 |
| | 3. Quartal | 162 | 540 | 702 |
| | 4. Quartal | 295 | 559 | 854 |
| | Gesamt | 668 | 2.038 | 2.706 |
| 2016 | 1. Quartal | 326 | 585 | 911 |
| | 2. Quartal | 375 | 638 | 1.013 |
| | 3. Quartal | 478 | 618 | 1.096 |
| | 4. Quartal | 656 | 670 | 1.326 |

| Jahr der Ersterteilung | Quartal der Ersterteilung | nach § 36 Abs. 1 AufenthG (Nachzug von Eltern) | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) | Gesamt |
|------------------------------------|-------------------------------|--|---|---------------|
| | Gesamt | 1.835 | 2.511 | 4.346 |
| 2017 | 1. Quartal | 882 | 759 | 1.641 |
| | 2. Quartal | 878 | 653 | 1.531 |
| | 3. Quartal | 836 | 545 | 1.381 |
| | 4. Quartal | 817 | 489 | 1.306 |
| | Gesamt | 3.413 | 2.446 | 5.859 |
| 2018 (01.01-30.11.2018) | 1. Quartal | 656 | 472 | 1.128 |
| | 2. Quartal | 608 | 335 | 943 |
| | 3. Quartal | 522 | 277 | 799 |
| | 4. Quartal (01.01-30.11.2018) | 152 | 79 | 231 |
| | Gesamt | 1.938 | 1.163 | 3.101 |
| Summe (01.01.2015 - 30.11.2018) | | 7.854 | 8.158 | 16.012 |

Anzahl der minderjährigen Personen, denen ein Aufenthaltstitel nach § 36 Abs. 2 AufenthG erteilt wurde:

| Jahr der Ersterteilung | Top 10 Staatsangehörigkeiten | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) |
|------------------------|------------------------------|---|
| 2015 | Syrien | 148 |
| | Irak | 59 |
| | Russische Föderation | 17 |
| | Türkei | 15 |
| | Somalia | 11 |
| | Afghanistan | 10 |
| | Serbien | 10 |
| | Bosnien und Herzegowina | 8 |
| | Brasilien | 8 |
| | Thailand | 7 |
| | Sonstige | 85 |
| | Gesamt | 378 |

| Jahr der Ersterteilung | Top 10 Staatsangehörigkeiten | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) |
|----------------------------|--------------------------------|---|
| 2016 | Syrien | 394 |
| | Irak | 297 |
| | Ungeklärt | 19 |
| | Türkei | 14 |
| | Brasilien | 12 |
| | Staatenlos | 11 |
| | Serbien | 8 |
| | Somalia | 7 |
| | Marokko | 6 |
| | Thailand | 6 |
| | Sonstige | 81 |
| | Gesamt | 855 |
| 2017 | Syrien | 584 |
| | Irak | 358 |
| | Ungeklärt | 28 |
| | Staatenlos | 24 |
| | Brasilien | 10 |
| | Somalia | 8 |
| | Türkei | 7 |
| | Nigeria | 6 |
| | Serbien | 6 |
| | Vereinigte Staaten von Amerika | 6 |
| | Sonstige | 64 |
| | Gesamt | 1101 |
| 2018 (01.01-30.11.2018) | Syrien | 194 |
| | Irak | 94 |
| | Afghanistan | 19 |
| | Staatenlos | 12 |
| | Türkei | 7 |
| | Nigeria | 6 |
| | Serbien | 6 |
| | Ungeklärt | 5 |
| | Kosovo | 4 |
| | Marokko | 4 |
| | Sonstige | 40 |

| Jahr der Ersterteilung | Top 10 Staatsangehörigkeiten | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger) |
|--|------------------------------|---|
| | Gesamt | 391 |
| Summe (01.01.2015 - 30.11.2018) | | 2.725 |

| Jahr der Ersterteilung | Quartal der Ersterteilung | nach § 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehörige) |
|--|-------------------------------|--|
| 2015 | 1. Quartal | 65 |
| | 2. Quartal | 72 |
| | 3. Quartal | 114 |
| | 4. Quartal | 127 |
| | Gesamt | 378 |
| 2016 | 1. Quartal | 143 |
| | 2. Quartal | 188 |
| | 3. Quartal | 214 |
| | 4. Quartal | 310 |
| | Gesamt | 855 |
| 2017 | 1. Quartal | 346 |
| | 2. Quartal | 293 |
| | 3. Quartal | 251 |
| | 4. Quartal | 211 |
| | Gesamt | 1.101 |
| 2018(01.01-30.11.2018) | 1. Quartal | 174 |
| | 2. Quartal | 90 |
| | 3. Quartal | 99 |
| | 4. Quartal (01.01-30.11.2018) | 28 |
| | Gesamt | 391 |
| Summe (01.01.2015 - 30.11.2018) | | 2.725 |

2. *Welche aktuellen Zahlen gibt es zur Erteilung von Visa nach § 22 Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Härtefallregelung für Angehörige von subsidiär Schutzberechtigten (bitte differenziert angeben: beantragte, geprüfte, erteilte, abgelehnte Visa und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele Visa nach § 22 AufenthG wurden außerhalb des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten und insgesamt erteilt (bitte wie vorstehend differenzieren und Angaben für die Jahre 2015 bis heute machen)?*

Zu Frage 2

Eine statistische Erfassung erfolgt seit Anfang 2017. Zu Prüfverfahren nach § 22 Satz 1 AufenthG im Rahmen des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten gab es seitdem 341 Vorprüfungen, 86 Anhörungen, 66 Visumverfahren, 278 erteilte Visa, 513 durch Verweis auf vorrangige Rechtsnormen des § 36a bzw. § 36 Absatz 2 AufenthG anderweitig erledigte Anträge, 1.220 Ablehnungen; insgesamt 2.504 Anträge. Zu Prüfverfahren nach § 22 Satz 1 AufenthG außerhalb des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten gab es 33 Vorprüfungen, sechs Visumverfahren, 12 erteilte Visa, 188 anderweitig erledigte Anträge, 50 Ablehnungen; insgesamt 289 Anträge. Die wichtigsten Herkunftsländer waren Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia, Jemen, Palästinensische Gebiete, Eritrea, Pakistan, China und Elfenbeinküste. Eine statistische Erfassung der Verfahrensausgänge oder Aufnahmegründe, differenziert nach Herkunftsländern, erfolgte nicht.

3. *Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben seit 2014 einen Schutzstatus erhalten (bitte nach Jahren, Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?*

Zu Frage 3:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

| 2014 | | | | | |
|--|-------|--|---|---|---|
| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Summe | Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Famil.asyl) | Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG | Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. §60 V/VII AufenthG |
| Gesamt | 1.129 | 18 | 669 | 214 | 228 |
| davon | | | | | |
| Syrien | 362 | 10 | 290 | 62 | 0 |
| Afghanistan | 385 | 1 | 163 | 42 | 179 |
| Eritrea | 125 | 3 | 68 | 50 | 4 |
| Irak | 76 | 1 | 71 | 3 | 1 |
| Somalia | 70 | 1 | 24 | 34 | 11 |
| Ungeklärt | 13 | 0 | 7 | 6 | 0 |
| Guinea | 9 | 0 | 4 | 1 | 4 |
| Staatenlos | 8 | 0 | 6 | 2 | 0 |
| Äthiopien | 14 | 0 | 0 | 2 | 12 |
| Iran | 11 | 0 | 10 | 1 | 0 |

| 2015 | | | | | |
|--|-------|--|---|---|---|
| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Summe | Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Famil.asyl) | Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG | Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. §60 V/VII AufenthG |
| Gesamt | 2.629 | 21 | 2.244 | 105 | 259 |
| davon | | | | | |
| Syrien | 1.236 | 15 | 1.219 | 0 | 2 |
| Afghanistan | 361 | 3 | 122 | 24 | 212 |
| Eritrea | 347 | 1 | 304 | 42 | 0 |
| Irak | 430 | 1 | 426 | 3 | 0 |
| Somalia | 67 | 0 | 31 | 28 | 8 |
| Ungeklärt | 71 | 0 | 71 | 0 | 0 |

| | | | | | |
|------------|----|---|----|---|----|
| Guinea | 12 | 0 | 0 | 0 | 12 |
| Staatenlos | 27 | 0 | 27 | 0 | 0 |
| Äthiopien | 8 | 0 | 3 | 1 | 4 |
| Iran | 6 | 0 | 5 | 0 | 1 |

| 2016 | | | | | |
|--|-------|--|---|---|---|
| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Summe | Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Famil.asyl) | Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG | Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. §60 V/VII AufenthG |
| Gesamt | 8.274 | 20 | 4.989 | 2.698 | 567 |
| davon | | | | | |
| Syrien | 5.175 | 14 | 2.960 | 2.174 | 27 |
| Afghanistan | 1.054 | 0 | 421 | 160 | 473 |
| Eritrea | 722 | 5 | 546 | 167 | 4 |
| Irak | 867 | 1 | 811 | 47 | 8 |
| Somalia | 91 | 0 | 47 | 15 | 29 |
| Ungeklärt | 147 | 0 | 71 | 76 | 0 |
| Guinea | 9 | 0 | 6 | 0 | 3 |
| Staatenlos | 108 | 0 | 73 | 35 | 0 |
| Äthiopien | 9 | 0 | 3 | 1 | 5 |
| Iran | 16 | 0 | 14 | 1 | 1 |

| 2017 | | | | | |
|--|--------|--|---|---|---|
| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Summe | Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Famil.asyl) | Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG | Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. §60 V/VII AufenthG |
| Gesamt | 19.408 | 7 | 6.240 | 7.706 | 5.455 |
| davon | | | | | |
| Syrien | 5.722 | 0 | 1.578 | 4.139 | 5 |
| Afghanistan | 7.248 | 0 | 1.737 | 1.002 | 4.509 |
| Eritrea | 1.909 | 0 | 466 | 1.414 | 29 |
| Irak | 1.983 | 1 | 1.495 | 418 | 69 |

| | | | | | |
|------------|-----|---|-----|-----|-----|
| Somalia | 984 | 1 | 424 | 367 | 192 |
| Ungeklärt | 323 | 0 | 161 | 147 | 15 |
| Guinea | 290 | 0 | 43 | 34 | 213 |
| Staatenlos | 151 | 0 | 91 | 60 | 0 |
| Äthiopien | 155 | 0 | 52 | 21 | 82 |
| Iran | 96 | 2 | 75 | 7 | 12 |

| Jan.-Nov. 2018 | | | | | |
|--|-------|--|---|---|---|
| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Summe | Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Famil.asyl) | Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG | Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. §60 V/VII AufenthG |
| Gesamt | 2.638 | 0 | 577 | 1.026 | 1.035 |
| davon | | | | | |
| Syrien | 424 | 0 | 67 | 350 | 7 |
| Afghanistan | 858 | 0 | 177 | 91 | 590 |
| Eritrea | 375 | 0 | 24 | 338 | 13 |
| Irak | 133 | 0 | 34 | 28 | 71 |
| Somalia | 418 | 0 | 172 | 144 | 102 |
| Ungeklärt | 23 | 0 | 18 | 2 | 3 |
| Guinea | 154 | 0 | 32 | 17 | 105 |
| Staatenlos | 6 | 0 | 5 | 1 | 0 |
| Äthiopien | 20 | 0 | 4 | 3 | 13 |
| Iran | 14 | 0 | 10 | 2 | 2 |

4. Welche Einschätzungen und/oder Zahlen liegen dazu vor, in welchem Ausmaß UMF mit einem Schutzstatus, der zum vereinfachten Familiennachzug berechtigt, einen Familiennachzug geltend machen, wie viele Angehörige dies betrifft und in welchem Umfang dieser Nachzugsanspruch in der Praxis auch durchgesetzt werden kann (bitte begründet und so differenziert wie möglich ausführen)?

Zu Frage 4:

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

5. Welche Angaben oder Einschätzungen können dazu gemacht werden, wie viele zum Zeitpunkt der Asylantragstellung minderjährige Asylsuchende während des Asylverfahrens volljährig geworden sind und wie viele von ihnen einen Schutzstatus erhalten, der zum vereinfachten Familiennachzug berechtigt (bitte ab 2014 nach Jahren und wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben)?

Zu Frage 5:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | 2014 | |
|--|-----------------------|------------------------|
| | Entscheidungen gesamt | davon mit Schutzstatus |
| Gesamt | 53 | 31 |
| davon: | | |
| Afghanistan | 7 | 2 |
| Syrien | 17 | 16 |
| Eritrea | 6 | 6 |
| Somalia | 2 | 1 |
| Irak | 2 | 2 |
| Guinea | 2 | 2 |
| Gambia | - | - |
| Pakistan | - | - |
| Äthiopien | - | - |
| Ungeklärt | 1 | - |

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | 2015 | |
|--|-----------------------|------------------------|
| | Entscheidungen gesamt | davon mit Schutzstatus |
| Gesamt | 532 | 411 |
| davon: | | |
| Afghanistan | 49 | 25 |
| Syrien | 164 | 159 |
| Eritrea | 142 | 141 |
| Somalia | 12 | 8 |
| Irak | 50 | 49 |
| Guinea | 9 | 5 |
| Gambia | - | - |
| Pakistan | - | - |
| Äthiopien | 3 | 1 |
| Ungeklärt | 16 | 14 |

| Aufschlüsselung nach Staatsan- gehörigkeit | 2016 | |
|---|-----------------------|------------------------|
| | Entscheidungen gesamt | davon mit Schutzstatus |
| Gesamt | 3.860 | 2.443 |
| davon: | | |
| Afghanistan | 607 | 117 |
| Syrien | 1.209 | 1.152 |
| Eritrea | 825 | 762 |
| Somalia | 325 | 168 |
| Irak | 183 | 128 |
| Guinea | 35 | 10 |
| Gambia | 19 | 2 |
| Pakistan | 64 | 3 |
| Äthiopien | 15 | 2 |
| Ungeklärt | 71 | 49 |

| Aufschlüsselung nach Staatsan- gehörigkeit | 2017 | |
|---|-----------------------|------------------------|
| | Entscheidungen gesamt | davon mit Schutzstatus |
| Gesamt | 17.592 | 5.902 |
| davon: | | |
| Afghanistan | 8.207 | 793 |
| Syrien | 2.191 | 2.098 |
| Eritrea | 1.345 | 1.251 |
| Somalia | 1.298 | 757 |
| Irak | 863 | 528 |
| Guinea | 507 | 51 |
| Gambia | 616 | 15 |
| Pakistan | 362 | 4 |
| Äthiopien | 352 | 65 |
| Ungeklärt | 201 | 98 |

| Aufschlüsselung nach Staatsan- gehörigkeit | Jan.-Nov. 2018 | |
|---|-----------------------|------------------------|
| | Entscheidungen gesamt | davon mit Schutzstatus |
| Gesamt | 3.364 | 650 |
| davon: | | |
| Afghanistan | 1.211 | 99 |
| Syrien | 195 | 178 |
| Eritrea | 166 | 148 |

| Aufschlüsselung nach Staatsan- gehörigkeit | Jan.-Nov. 2018 | |
|---|-----------------------|------------------------|
| | Entscheidungen gesamt | davon mit Schutzstatus |
| Somalia | 399 | 107 |
| Irak | 107 | 14 |
| Guinea | 334 | 14 |
| Gambia | 238 | 6 |
| Pakistan | 48 | - |
| Äthiopien | 68 | 7 |
| Ungeklärt | 68 | 15 |

6. *Wie alt waren minderjährige unbegleitete Asylsuchende bei Asylantragstellung durchschnittlich, wie viele 16 bis 17-Jährige waren unter ihnen, wie viele unbegleitete minderjährige Schutzsuchende gab es seit 2014 (bitte nach Jahren und wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben)?*

Zu Frage 6:

Die Bundesregierung geht davon aus, dass mit „unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden“ im Sinne der Fragestellung diejenigen unbegleiteten ausländischen Minderjährigen gemeint sind, die einen Asylantrag gestellt haben.

Durchschnittliches Alter bei Antragstellung 2014: 15,8 Jahre

| 2014 Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Personen gesamt | davon | |
|---|--------------------|--------------|--------------|
| | | 16 Jahre alt | 17 Jahre alt |
| Gesamt | 4.399 | 1.604 | 1.787 |
| davon | | | |
| Afghanistan | 1.052 | 441 | 317 |
| Eritrea | 922 | 345 | 406 |
| Syrien | 657 | 174 | 251 |
| Somalia | 568 | 230 | 256 |
| Irak | 147 | 39 | 56 |
| Ägypten | 144 | 63 | 60 |
| Guinea | 88 | 38 | 39 |
| Gambia | 63 | 14 | 40 |
| Ungeklärt | 57 | 22 | 25 |
| Marokko | 55 | 23 | 25 |

Durchschnittliches Alter bei Antragstellung 2015: 15,6 Jahre

| 2015 Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Personen gesamt | davon | |
|---|--------------------|--------------|--------------|
| | | 16 Jahre alt | 17 Jahre alt |
| Gesamt | 22.255 | 7.653 | 7.809 |
| davon | | | |
| Afghanistan | 7.647 | 3.240 | 2.113 |
| Syrien | 6.930 | 1.989 | 2.261 |
| Irak | 1.863 | 471 | 528 |
| Eritrea | 1.802 | 602 | 924 |
| Somalia | 1.006 | 381 | 479 |
| Ungeklärt | 399 | 111 | 146 |
| Pakistan | 325 | 121 | 158 |
| Albanien | 257 | 79 | 141 |
| Gambia | 240 | 73 | 150 |
| Äthiopien | 173 | 60 | 86 |

Durchschnittliches Alter bei Antragstellung 2016: 15,6 Jahre

| 2016 Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Personen gesamt | davon | |
|---|--------------------|---------------|---------------|
| | | 16 Jahre alt | 17 Jahre alt |
| Gesamt | 35.939 | 11.199 | 14.244 |
| davon | | | |
| Afghanistan | 14.959 | 5.325 | 5.810 |
| Syrien | 10.045 | 2.777 | 3.302 |
| Irak | 2.960 | 667 | 883 |
| Eritrea | 1.818 | 524 | 1.099 |
| Somalia | 1.547 | 553 | 793 |
| Ungeklärt | 778 | 213 | 273 |
| Gambia | 501 | 87 | 391 |
| Guinea | 487 | 170 | 272 |
| Pakistan | 438 | 122 | 242 |
| Iran | 411 | 154 | 163 |

Durchschnittliches Alter bei Antragstellung 2017: 16 Jahre

| 2017 Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Personen gesamt | davon | |
|---|--------------------|--------------|--------------|
| | | 16 Jahre alt | 17 Jahre alt |
| Gesamt | 9.084 | 2.339 | 5.000 |
| davon | | | |
| Afghanistan | 2.213 | 560 | 1.141 |
| Eritrea | 1.544 | 388 | 1.024 |
| Somalia | 1.204 | 391 | 628 |
| Guinea | 903 | 277 | 550 |
| Syrien | 708 | 172 | 252 |
| Irak | 459 | 102 | 153 |
| Gambia | 383 | 72 | 290 |
| Äthiopien | 213 | 54 | 123 |
| Ungeklärt | 148 | 28 | 80 |
| Pakistan | 126 | 27 | 78 |

Durchschnittliches Alter bei Antragstellung 2018 (Jan.-Nov.): 15,7 Jahre

| Jan.-Nov. 2018 Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Personen gesamt | davon | |
|---|--------------------|--------------|--------------|
| | | 16 Jahre alt | 17 Jahre alt |
| Gesamt | 3.856 | 1.087 | 1.899 |
| davon | | | |
| Afghanistan | 686 | 162 | 342 |
| Somalia | 560 | 224 | 266 |
| Guinea | 489 | 156 | 271 |
| Eritrea | 460 | 152 | 233 |
| Syrien | 327 | 77 | 117 |
| Irak | 280 | 55 | 69 |
| Gambia | 150 | 25 | 119 |
| Iran | 104 | 24 | 59 |
| Ungeklärt | 61 | 15 | 34 |
| Sierra Leone | 55 | 16 | 30 |

7. *Wie lang war die durchschnittliche Asylverfahrensdauer ab erstem Asylgesuch bzw. ab Asylantragstellung bei unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden seit 2014 (bitte nach Jahren und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren) bzw. wie lang ist diese aktuell, und inwieweit ist bei dieser Statistik die Minderjährigkeit bei Antragstellung oder bei Entscheidung maßgeblich?*

Zu Frage 7:

Minderjährige und insbesondere unbegleitete minderjährige Ausländer sind eine besonders schutzbedürftige Personengruppe. Für sie gelten daher besondere Schutzvorschriften, die auch für das Asylverfahren anzuwenden sind. Dies beinhaltet bspw., dass für das Verfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) besonders für den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern geschulte Entscheiderinnen und Entscheider eingesetzt werden. Diese sog. Sonderbeauftragten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden im Asylverfahren hinzugezogen und übernehmen i. d. R. die Bearbeitung der entsprechenden Verfahren. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass gemäß den Erfahrungen der letzten Jahre ärztliche Stellungnahmen/Gutachten erforderlich sind oder auf Besonderheiten aufgrund von Posttraumatischen Erkrankungen der Minderjährigen zu achten ist. Verzögerungen im Asylverfahren können sich auch dadurch ergeben, dass während des Verfahrens veränderte familiäre Situationen, bspw. aufgrund von Familiennachzug bzw. -zusammenführung, sowie ggf. vorzunehmender Altersfeststellungen auftreten können. Die Asylverfahren von unbegleiteten minderjährigen Ausländern benötigen deshalb nach Erfahrungen des BAMF regelmäßig eine längere Dauer. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass minderjährige unbegleitete Ausländer nicht selbst handlungsfähig (§ 12 AsylG) sind.

In der nachfolgenden Statistik ist die Minderjährigkeit bei Entscheidung maßgeblich.

Jahr 2014:

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten |
|--|--------------------------|--|
| Gesamt | 1.544 | 10,4 |
| davon | | |
| Afghanistan | 487 | 14,3 |
| Syrien | 366 | 5,5 |
| Eritrea | 127 | 6,3 |
| Somalia | 104 | 11,0 |
| Irak | 88 | 12,2 |
| Ägypten | 55 | 8,4 |

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten |
|--|--------------------------|--|
| Marokko | 32 | 6,5 |
| Pakistan | 31 | 17,5 |
| Äthiopien | 30 | 20,2 |
| Serbien | 26 | 4,8 |

Jahr 2015:

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten |
|--|--------------------------|--|
| Gesamt | 2.914 | 6,7 |
| davon | | |
| Syrien | 1.255 | 4,4 |
| Irak | 435 | 4,8 |
| Afghanistan | 404 | 11,4 |
| Eritrea | 350 | 9,3 |
| Ungeklärt | 78 | 3,6 |
| Somalia | 72 | 15,1 |
| Albanien | 51 | 3,1 |
| Kosovo | 48 | 3,7 |
| Staatenlos | 27 | 4,8 |
| sonst. asiat. Staatsangeh. | 26 | 3,7 |

Jahr 2016:

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten |
|--|--------------------------|--|
| Gesamt | 9.300 | 8,3 |
| davon | | |
| Syrien | 5.258 | 7,2 |
| Afghanistan | 1.496 | 10,3 |
| Irak | 925 | 8,0 |
| Eritrea | 771 | 10,3 |
| Ungeklärt | 172 | 7,4 |
| Somalia | 133 | 13,7 |
| Staatenlos | 108 | 8,1 |
| Albanien | 94 | 7,8 |
| Pakistan | 45 | 9,8 |

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten |
|--|--------------------------|--|
| sonst. asiat. Staatsangeh. | 43 | 6,8 |

Jahr 2017:

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten |
|--|--------------------------|--|
| Gesamt | 24.930 | 12,1 |
| davon | | |
| Afghanistan | 10.453 | 13,8 |
| Syrien | 5.843 | 12,3 |
| Irak | 2.305 | 12,0 |
| Eritrea | 2.003 | 7,5 |
| Somalia | 1.252 | 9,5 |
| Guinea | 508 | 6,9 |
| Ungeklärt | 411 | 11,1 |
| Äthiopien | 327 | 10,3 |
| Pakistan | 237 | 12,8 |
| Gambia | 186 | 9,6 |

Januar bis November 2018:

| Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit | Entscheidungen insgesamt | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten |
|--|--------------------------|--|
| Gesamt | 4.495 | 9,9 |
| davon | | |
| Afghanistan | 1.404 | 14,3 |
| Somalia | 642 | 6,9 |
| Syrien | 464 | 11,8 |
| Guinea | 410 | 6,4 |
| Eritrea | 398 | 5,1 |
| Irak | 326 | 9,6 |
| Gambia | 105 | 7,2 |
| Äthiopien | 62 | 9,8 |
| Iran | 52 | 7,7 |
| Pakistan | 51 | 11,5 |

8. *Gibt es Bestrebungen, den Geschwisternachzug gesetzlich zu regeln, beispielsweise durch eine dafür zu schaffende Härtefallklausel?*

Zu Frage 8:

Es gibt derzeit keine Bestrebungen, den Familiennachzug über die bestehende gesetzliche Regelung des § 36 Absatz 2 AufenthG hinaus gesetzlich zu regeln.

9. *Mit welcher Begründung genau haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine Anwendbarkeit des Urteils des EuGH vom 12. April 2018 (siehe Vorbemerkung) auf Deutschland abgestritten (bitte ausführen und begründen)?*

10. *Mit welcher Begründung genau haben welche Ministerien hiergegen Einspruch erhoben und wie ist der aktuelle Stand der regierungsinternen Ressortabstimmung zu dieser Frage – wann ist gegebenenfalls mit einem Ergebnis dieser Beratungen zu rechnen (bitte ausführen)?*

Zu den Fragen 9 und 10

Die Fragen 9 und 10 werden zusammen beantwortet. Die Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung sind hierzu noch nicht abgeschlossen; die Bundesregierung bemüht sich jedoch um einen raschen Abschluss der Prüfung.

11. *Um welche ungefähre Zahl von Personen (Stammberechtigten, Angehörigen) geht es bei der Umsetzung des genannten EuGH-Urteils nach Einschätzung des BAMF bzw. der beteiligten Ministerien, welche Zahl wird bei den regierungsinternen Beratungen hierzu zu Grunde gelegt und gilt das EuGH-Urteil nach Auffassung der Bundesregierung insbesondere auch für den Nachzug zu subsidiär schutzberechtigten UMF (bitte ausführen und begründen)?*

Zu Frage 11:

In welchem Umfang Familienangehörige von bei Antragsstellung minderjährigen anerkannten Flüchtlingen, Asylberechtigten oder subsidiär Schutzberechtigten Interesse an einem Nachzug in das Bundesgebiet haben (sog. Nachzugsfaktor) lässt sich nicht valide schätzen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.

12. *Welche Unterschiede zwischen dem deutschen und dem niederländischen Recht soll es geben, die die Auffassung stützen könnten, die deutsche Rechtspraxis werde von dem EuGH-Urteil nicht berührt, insbesondere hinsichtlich der Kern-Aussage des EuGH-Urteils, wonach der Anspruch auf Familiennachzug zu UMF nicht davon abhängig sein darf, wie lange die Asylbehörde für die Bearbeitung eines Asylantrages benötigt, so dass auf den Zeitpunkt der Asylantragstellung abgestellt werden muss (bitte ausführen).*

Zu Frage 12:

Auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 wird verwiesen.

13. *Inwieweit ist die derzeitige Rechtspraxis der deutschen Behörden mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar, wenn zwei UMF zur selben Zeit einen Asylantrag stellen und die Frage, ob sie einen vereinfachten Anspruch auf Nachzug ihrer Eltern haben, von Umständen abhängt, die nicht in der Sphäre der Asylsuchenden liegen, namentlich von der jeweiligen Dauer der Asyl- bzw. auch der anschließenden Visaverfahren (bitte begründen)?*

Zu Frage 13:

Die Dauer eines Asyl- und Visumverfahrens ist vom jeweiligen Einzelfall abhängig (u. a. vom Vorliegen aller zur Prüfung rechtlich erforderlichen antragsbegründenden Unterlagen bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung oder ob z. B. Nachfragen / Nachforderungen notwendig sind). Die deutschen Auslandsvertretungen bemühen sich um eine schnellstmögliche Bearbeitung aller Anträge. Im Visumverfahren sind zudem entsprechend gesetzlicher Regelungen regelmäßig weitere Behörden zu beteiligen (z. B. kommunale Ausländerbehörden, Sicherheitsbehörden), die ebenfalls ihr Möglichstes tun, um Fälle von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen so zügig wie möglich zu bearbeiten. Sachlich gleich gelagerte Fälle - hier z. B. Personen mit gleichem Geburtsdatum, gleichem Datum des Visumantrags und bei vergleichbarem Sachverhalt (u. a. vorgelegte Dokumente) - werden somit auch rechtlich gleich behandelt. Ergänzend wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.

14. *Wie bewertet die Bundesregierung die Umsetzung in Deutschland des menschenrechtlich garantierten Anspruchs auf eine Familie vor dem Hintergrund der deutschen Rechtspraxis bezüglich des Familiennachzugs?*

Zu Frage 14:

Die Frage bezieht sich auf die verschiedenen Arten des Familiennachzugs. Da sich die Voraussetzungen des Familiennachzugs in Abhängigkeit von seinem Grund unterscheiden (z. B. Familiennachzug zu einem Deutschen, zu Erwerbsmigranten, zu anerkannten Flüchtlingen oder Asylberechtigten, zu subsidiär Schutzberechtigten) wird die Frage nur sehr allgemein und unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes beantwortet. Der Gesetzgeber hat bei der Bestimmung des rechtlichen Rahmens für den Familiennachzug Gestaltungsspielraum (BVerfGE 76, 1, 51), dabei hat er die verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgüter von Ehe und Familie, die familiären Belange und die gegenläufigen öffentlichen oder privaten Belange mit dem Ziel eines schonenden Ausgleichs gegeneinander abzuwägen. Mit den Regelungen zum Familiennachzug in den §§ 27 bis 36a AufenthG berücksichtigt der Gesetzgeber den nach Artikel 6 Absatz 1 und 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) verfassungsrechtlich gebotenen Schutz bzw. die Förderung der familiären Belange der betroffenen Personen.

15. Inwieweit berücksichtigt die Bundesregierung bei ihrer Ressortabstimmung zu dem genannten EuGH-Urteil, dass erste Entscheidungen des für Visaverfahren maßgeblichen Berliner Oberverwaltungsgerichts bereits deutlich erkennen lassen, dass „alles dafür“ spricht, dass die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Nachzugsanspruch „im Hinblick auf die neuere Rechtsprechung des EuGH der Überprüfung bedarf“ (OVG 3 S 23.18, B. v. 27.4.2018; vgl.: <https://www.asyl.net/view/detail/News/auswaertiges-amt-haelt-eugh-urteil-a-und-s-zum-elternnachzug-nicht-fuer-anwendbar/>, bitte begründet ausführen), was ist der aktuelle Stand der Ressortabstimmung und wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen?

Zu Frage 15:

Die Abstimmung der Bundesregierung erfolgt unter Berücksichtigung aller rechtlichen Aspekte. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.

16. Falls die Ressortabstimmung zur Umsetzung des EuGH-Urteils noch nicht beendet sein sollte, wie wird das gerechtfertigt angesichts des großen Bedürfnisses nach Rechtssicherheit zu dieser für die Betroffenen existenziellen Frage und der Unzumutbarkeit weiterer Familientrennungen, die vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils nach Auffassung der Fragestellenden als unionsrechtswidrig bezeichnet werden müssen (bitte begründen)?

17. *Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu (vgl. Dr. Constantin Hruschka: „Kein ‚aging out‘ – Das Recht auf umgekehrten Familiennachzug nach der neuen Entscheidung des EuGH“, in: NVwZ 19/2018, S. 1451ff), dass es bei der Frage des hier maßgeblichen Zeitpunkts der Feststellung der Minderjährigkeit auf das erste Asylgesuch und nicht auf die formelle Asylantragstellung ankommen muss, auch, weil es sonst erneut von der Schnelligkeit des Verwaltungshandelns der Behörden des Mitgliedstaates abhängen würde, ob das Recht auf Familiennachzug besteht oder nicht (bitte begründen)?*
18. *Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu (vgl. Dr. Constantin Hruschka: „Kein ‚aging out‘ – Das Recht auf umgekehrten Familiennachzug nach der neuen Entscheidung des EuGH“, in: NVwZ 19/2018, S. 1451ff), dass bei der Geltendmachung des Anspruchs auf Familiennachzug bei UMF keine dreimonatige Frist gilt, weil eine solche in § 36 AufenthG derzeit nicht geregelt ist (bitte begründen)?*

Zu den Fragen 16 bis 18:

Die Fragen 16 bis 18 werden gemeinsam beantwortet. Auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 wird verwiesen.

19. *Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu (vgl. Dr. Constantin Hruschka: „Kein ‚aging out‘ – Das Recht auf umgekehrten Familiennachzug nach der neuen Entscheidung des EuGH“, in: NVwZ 19/2018, S. 1451ff), dass die derzeit geltende Praxis, wonach nachziehende Eltern von UMF kein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten, angesichts der Entscheidung des EuGH „klar“ „europarechtswidrig“ ist (a.a.O., S. 1452f), weil ansonsten bei zwischenzeitlich volljährig gewordenen UMF die Eltern nach der Einreise gleich wieder ausreisen müssten, was die Wirksamkeit des EU-Rechts eindeutig konterkarieren würde (bitte begründen)?*

Zu Frage 19:

Die Familiennachzugsrichtlinie 2003/86/EG stellt es ausdrücklich in die Entscheidung jedes einzelnen Mitgliedstaates, den Eltern, die zu ihren minderjährigen Kindern nachreisen, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht einzuräumen. Der Bundesgesetzgeber hat im Gegensatz zu anderen EU-Staaten von dieser Möglichkeit - europarechtskonform - keinen Gebrauch gemacht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.

20. *Wie ist die aktuelle Weisungslage und Praxis in Hinblick auf den Nachzug zu UMF, insbesondere mit Blick auf kurz vor Erreichen der Volljährigkeit stehende Personen und solche UMF, die während des Asylverfahrens volljährig geworden sind (bitte ausführen)?*

Zu Frage 20:

Die Weisungslage des Auswärtigen Amtes ist wie folgt: Visumanträge zum Nachzug zu Minderjährigen, die kurz vor Vollendung des 18. Lebensjahrs stehen, werden bei der Annahme und Bearbeitung durch die Visastellen mit höchster Priorität behandelt, um eine rechtzeitige Einreise zu ermöglichen. Anträge auf Erteilung eines Visums zum Nachzug von Eltern zu in Deutschland lebenden Kindern sind nach der Weisungslage abschlägig zu bescheiden, wenn das Kind zum Zeitpunkt der Einreise nicht mehr minderjährig sein wird. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.

21. *Welche Vorkehrungen werden getroffen, damit UMF, die während des Asylverfahrens volljährig wurden, ihre nachzugsberechtigten Angehörigen nachziehen lassen können, wenn die Ressortabstimmung der Bundesregierung ergeben sollte, dass das EuGH-Urteil auf Deutschland übertragbar ist – wie ist es in diesem Fall insbesondere mit einer rückwirkenden Geltendmachung dieser Rechte (bitte ausführen)?*

Zu Frage 21:

Auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 wird verwiesen. Damit im Zusammenhang stehende Fragen werden im Anschluss an die Ressortabstimmung geprüft.

22. *Was hat die Bundesregierung bislang unternommen oder plant sie, um insbesondere die Ausländerbehörden über das EuGH-Urteil und daraus folgende Konsequenzen hinzuweisen (bitte so konkret wie möglich darlegen)?*

Zu Frage 22:

Die deutschen Auslandsvertretungen wurden auf das Urteil durch Weisungen des Auswärtigen Amtes hingewiesen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.

23. *Welche Bedeutung hat das EuGH-Urteil in Bezug auf „Altfälle“, d.h. bereits volljährig gewordene anerkannte UMF mit privilegierten Nachzugsansprüchen, und stimmt die Bundesregierung insbesondere der Auffassung zu, dass zumindest die Drei-Monats-Frist zur Geltendmachung eines vereinfachten Familiennachzugs für im Asylverfahren volljährig gewordene UMF, wenn überhaupt (s.o.), dann erst zu einem späteren Zeitpunkt zu laufen beginnt, etwa wenn die Bundesregierung erklärt hat, dass das Urteil des EuGH auch für Deutschland Anwendung findet, weil es unredlich wäre, von UMF eine termingerechte Antragstellung zu verlangen, solange dieser Antrag der geltenden Rechtslage, Rechtsprechung und bislang verlautbarten Rechtsauffassung der Bundesregierung widerspricht, bzw. inwieweit wird es diesbezüglich eine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand oder entsprechende Hinweise von Amts wegen an die Betroffenen geben (bitte begründen)?*

Zu Frage 23:

Auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 wird verwiesen.

24. *Welche Konsequenzen hat das EuGH-Urteil für „Altfälle“, deren Eltern bzw. Geschwister*

- a) *aufgrund von Volljährigkeit eine Visums-Ablehnung erhielten, bei der die Remonstrations-/Klagefrist abgelaufen bzw. noch nicht abgelaufen ist?*
- b) *es nicht geschafft haben, innerhalb der Gültigkeitsdauer ihres Visums nach Deutschland zu reisen, weil an nachzugsberechtigte Angehörige von UMF vergebene Visa nur bis einen Tag vor Volljährigkeit der UMF gültig sind und darum mitunter nur eine Gültigkeit von wenigen Tagen oder gar Stunden haben?*

Zu Frage 24:

Auf die Antwort zu den Fragen 9, 10 und 21 wird verwiesen.

25. *Welche Möglichkeiten haben Betroffene, deren Antrag auf Familiennachzug bereits abgelehnt wurde oder die mit Blick auf die bisherige Rechtslage in Deutschland keinen Antrag gestellt haben, gegen die laut der Rechtsprechung des EuGH rechtswidrige Rechtspraxis in Deutschland vorzugehen und Anträge zu stellen, die nicht als verfristet gelten (bspw. über die Einsetzung einer Übergangsfrist zur nachträglichen Beantragung des Familiennachzugs)?*

Zu Frage 25:

Die Bundesregierung ist nicht rechtsberatend tätig.

26. Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass § 36 Abs. 1 AufenthG dergestalt konkretisiert wird, dass auch bei volljährig gewordenen UMF der Anspruch auf Nachzug erfüllt wird, und welche konkreten Schritte zur Gewährleistung dieses Rechts bis zu einer entsprechenden Gesetzesänderung plant die Bundesregierung?

Zu Frage 26

Auf die Antwort auf zu den Fragen 9 und 10 wird verwiesen.

27. Ist in Zukunft in der deutschen Rechtspraxis grundsätzlich von einem Anspruch auf Familiennachzug auszugehen, wenn eine unbegleitete minderjährige Person den Flüchtlingsstatus zugesprochen bekommt, wobei nur entscheidend ist, dass sie zum Zeitpunkt des ersten Asylgesuchs bzw. der Asylantragstellung minderjährig war?

Zu Frage 27

Auf die Antwort auf zu den Fragen ,9 10 und 27 wird verwiesen.

28. Wie ist die derzeitige Rechtslage, Weisungslage und Praxis in Bezug auf den so genannten Geschwisternachzug (bitte ausführlich darstellen)?

Zu Frage 28:

Der Nachzug zu einem in der Bundesrepublik lebenden minderjährigen ausländischen Kind ist grundsätzlich den Eltern vorbehalten (§ 36 Absatz 1 AufenthG). Den Nachzug zu Geschwistern sieht das Aufenthaltsrecht grundsätzlich nur zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte nach § 36 Absatz 2 AufenthG vor. Eine außergewöhnliche Härte kann nur in Ausnahmefällen angenommen werden, bspw. wenn entweder der im Bundesgebiet lebende oder der nachzugswillige Familienangehörige auf die familiäre Lebenshilfe angewiesen ist, die sich nur im Bundesgebiet erbringen lässt. Härtefallbegründende Umstände müssen sich dabei stets aus individuellen Besonderheiten des Einzelfalls ergeben (z.B. Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, psychische Not).

Umstände, die sich aus den allgemeinen Lebensverhältnissen im Herkunftsland der nachzugswilligen Familienangehörigen ergeben, können hingegen nicht berücksichtigt werden. Auch müssen die allgemeinen aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen für den Familiennachzug vorliegen (bspw. Lebensunterhalts- und Wohnraumsicherung). Im Übrigen gelten die allgemeinen Regelungen zum Familiennachzug, §§ 27 bis 36a AufenthG.

29. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es für im Ausland lebende Eltern von in Deutschland als Flüchtlinge anerkannten UMF unzumutbar ist, dass sie sich für das Zusammenleben mit einzelnen ihrer minderjährigen Kinder entscheiden oder eine Trennung auf unabsehbare Zeit in Kauf nehmen müssen, wie es nach derzeitiger Rechtslage und Rechtsprechung aber der Fall ist (siehe Vorbemerkung, bitte begründen)?

Zu Frage 29:

Auf die Antwort zu Frage 28 wird verwiesen.

30. Inwieweit ist nach Auffassung der Bundesregierung der Rechtsgedanke des genannten EuGH-Urteils, wonach es nicht von der behördlichen Dauer des Asylverfahrens abhängig gemacht werden darf, ob das Menschenrecht auf Familienleben in Anspruch genommen und verwirklicht werden kann oder nicht, auf den Geschwisternachzug bzw. den Nachzug minderjähriger Kinder zu übertragen, soweit es darum geht, dass insbesondere nicht die Dauer der behördlichen Bearbeitung dazu führen darf, dass ansonsten bestehende Rechtsansprüche verloren gehen (bitte ausführen)?

Zu Frage 30:

Auf die Antworten zu den Fragen 9 und 10 wird verwiesen.

31. *Welche tatsächlichen Probleme bei der Visumserteilung zum Familiennachzug sieht die Bundesregierung aktuell (etwa: Nachweise der Identität, von Verwandtschaftsverhältnissen, Heiratsurkunden usw.), und inwieweit hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund des genannten EuGH-Urteils eine Regelung für erforderlich, die sicherstellt, dass es zur Geltendmachung von Ansprüchen auf Familiennachzug z.B. auf den Zeitpunkt der Antragstellung – und nicht der Dauer der behördlichen Bearbeitung eines an sich bestehenden Urteils ankommen muss (bitte ausführen)?*

Zu Frage 31:

Der Visumantrag ist persönlich bei der örtlich zuständigen Auslandsvertretung einzureichen. Dabei sind grundsätzlich alle gesetzlich erforderlichen antragsbegründenden Unterlagen vorzulegen, u.a. zum Nachweis der Identität, von Verwandtschaftsverhältnissen, Heiratsurkunden usw. Um zeitaufwändige Nachforderungen zu vermeiden, sollten Antragsteller sich rechtzeitig auf der Internetseite der zuständigen Auslandsvertretung über das Visumverfahren und die bei Beantragung des Visums vorzulegenden Unterlagen informieren.

Hinsichtlich der Frage zum Zeitpunkt wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.